

Konferenz beschließt nächsten bundesweiten Schulstreik gegen Wehrpflicht zum 8. Mai

Die Schulstreikkonferenz kündigte am Mittwoch einen erneuten bundesweiten Schulstreik gegen Wehrpflicht für den 8. Mai an:

Am Wochenende des 18. und 19. April fand in Göttingen die zweite bundesweite Schulstreikkonferenz statt. Als Organisator:innen werten wir sie als vollen Erfolg aus. (...)

In einem Abschlussdokument beschlossen die Delegierten: »Solange die Wehrpflicht weiter im Raum steht, werden wir weiter streiken. Wir kämpfen gegen die Wehrpflicht als Teil der aktuellen Kriegsvorbereitung, durch die Hunderte Milliarden in die Aufrüstung gehen, während Bildung und Soziales gekürzt werden.« Sie hielten gemeinsam nächste Schritte für die Bewegung fest. (...) An Schulen wollen wir uns fortan für »Schulen gegen Wehrpflicht« einsetzen, die nicht länger die Bundeswehr bzw. Jugendoffiziere an die Schule einladen. Statt dessen organisieren wir selbst Kriegsdienstverweigerungsberatung und Friedensbildung. (...)

Der nächste Schulstreik gegen Wehrpflicht findet am 8. Mai statt, zum Anlass des 81. Jahrestags des Endes des Zweiten Weltkriegs. In unserem Aufruf schreiben wir: »Am 8. Mai 1945 endete der 2. Weltkrieg, der Bombenhagel verstummte. Danach waren breite Teile der Bevölkerung sich einig: Von deutschem Boden dürfe nie wieder ein Krieg ausgehen. Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! war die Losung. In dieser Tradition werden wir am 8. Mai erneut auf die Straße gehen, mit allen, die kein Bock auf Wehrpflicht und den nächsten großen Krieg haben. Wir rufen dazu auf, dass alle Schüler*innen an diesem Tag mit uns streiken. Lehrkräfte, Eltern, Studierende und alle, die uns unterstützen, sind dazu aufgerufen, mit uns auf die Straße zu gehen.«

Zu Berichten, wonach Hanau auf einer Liste möglicher russischer Angriffsziele stehe, erklärte die Hanauer Friedensplattform am Mittwoch:

Auf dieser Liste befinden sich 21 europäische Unternehmen, die Drohnen oder Komponenten an die Ukraine liefern – darunter die 3W Professional GmbH in Hanau-Großauheim. Die dort produzierten Drohnenantriebe wurden offensichtlich militärisch eingesetzt. Nach einem Angriff ukrainischer Militärs auf eine zivile Silvesterfeier am 1. Januar 2026 in Chorly (Region Cherson) wurden Drohnenbauteile mit Firmennamen und Logo der Hanauer Firma gefunden. Bei dem Angriff wurden 24 Menschen getötet und viele verletzt. (...)

Leider ist dies keine russische Desinformation oder Panikmache, wie u. a. von OB Kaminsky behauptet. Im Sinne der von ihm geforderten Transparenz wird deutlich: Die Großauheimer Firma stellt zivile Drohnenmotoren her, die auch

militärisch genutzt werden. Eigentlich zivile Produktion wird so Teil militärischer Lieferketten. Die Konsequenz ist gravierend: Hanau wird zunehmend in den Ukraine-Krieg eingebunden - und damit zur potentiellen Zielscheibe.

Wir kritisieren scharf die zunehmende Verflechtung deutscher Industrie mit der Drohnenproduktion für den Krieg. Die strategische Rüstungszusammenarbeit mit der Ukraine muss beendet werden. Zum Schutz der Hanauer Bevölkerung sollten die in Hanau produzierten Drohnenantriebe ausschließlich zivil genutzt werden dürfen. Wir fordern Oberbürgermeister Kaminsky auf, sich dafür einzusetzen. Statt weiterer Eskalation braucht es endlich politische Initiativen zur Beendigung des Krieges und der Rüstungsproduktion - in Hanau und anderswo.

<https://www.jungewelt.de/artikel/521392.konferenz-beschließt-nächsten-bundesweiten-schulstreik-gegen-wehrpflicht-zum-8-mai.html>